

# Dresdener Volkszeitung

Verlagsamt: Dresden, Habens Comp., Nr. 20012

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verlag: Gebr. Krubold, Dresden.

Abonnementpreis: einschließlich Postgebühren monatlich 6,00 M., durch die Post bezogen 6,50 M., unter Kreuzband für Leuchtmittel monatlich 8,50 M., vierteljährlich 20 M., halbjährlich 38 M., jährlich 72 M.

Schriftleitung: Zeitungsverlag 10, Tel. 25 281. Berechnung nur momentane von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Zeitungsverlag 10, Tel. 25 281. Zeitungsverlag von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: bei 9-spaltiger Hauptzeile 2,00 M., 5-spaltiger 1,50 M., 3-spaltiger 1,00 M., 2-spaltiger 0,75 M., 1-spaltiger 0,50 M. Bei mehrmaliger Aufnahme Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Keine Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefwechselung 20 Pf.

Nr. 247

Dresden, Sonnabend den 23. Oktober 1920

31. Jahrg.

## Herans zum Wahlkampf!

Für den 14. November sind in Sachsen die Landtagswahlen ausgeschrieben. Nur noch wenige Wochen trennen uns vom Wahltag, sie gilt es auszunutzen. Die Zeit bis zum Wahltermin müssen Tage des Kampfes und intensiver Aufklärung werden. So muß unsere Aufgabe sein, alle Kräfte für die Austrittselung der Wählermassen einzusetzen. Das Ringen um die maßgebende Stelle im Landtage muß zugleich ein Kampf um das Selbstbestimmungsrecht des Volkes und andre Errungenschaften der Revolution sein eine geschlossene Abwehr gegen alle Art Reaktion und Vorkriegsgefühle werden.

Unter ganz andern Verhältnissen treten wir in den Landtagswahlkampf wie früher. Die agrarconservative Reaktion und Regierung sind beseitigt. Sachsens Volk, einst durch die Dreiklassenverfassung getrennt und durch die Pluralwahl nach entzweit, kann heute in völlig freier Wahl seine Vertreter bestimmen. Ja, mehr als das. Heute ist in Sachsen wie im Reich das Volk selbst Träger der Staatsgewalt. Dem Lande erwählten Vertreter werden nicht mehr wie früher ein schiedenes Mitsprache- und Vorschlagsrecht haben, sondern kann ihre Beauftragten in der Regierung selbst die Staatsgewalt in vollem Umfange ausüben. So ist Sachsens Politik zur wahren Demokratie erhoben, so auch in unserm engeren Vaterlande der grundlegenden Artikel der Reichsverfassung zugehörig geworden.

### Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.

Einweggefallen sind auch die Kräfte des besonders verhängnisvollen sächsischen Vereinsgesetzes und die polizeiliche Bevormundung, die auf Grund einer rüchständigen Verwaltung Sachsens Volk zu Unzertanen herabgedrückt hat. Als ein völlig freies Volk, das alle Kräfte abgestreift hat, kann die sächsische Wählerschaft ihr Selbstbestimmungsrecht ausüben und zur Wahl gehen.

Aber die Verteilung von Druck und Anrechnung legt und auch Verantwortung und Verpflichtungen besonderer Art auf. Vor allem gilt es, alles dafür einzusetzen,

### das Errungene zu erhalten.

Nicht mehr allein kann uns die bloße Kampflust des Aggressors für ferne Ziele beleben, vielmehr müssen wir uns der Tatsache bewusst sein, daß die Entschlüsse der Volksvertreter unheimlich und uneingeschränkt entscheidend für die Gestaltung der Regierung wie für des Volkes Wohl und Recht sind.

Die wurde erreicht, aber der Ausbau des neuen Freistaates ist doch noch weit von der Vollendung entfernt. Zwar haben wir heute einige bestehende politischen Errungenschaften auch bedeutende wirtschaftliche Vorteile errungen, von denen hier das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in den Industriebetrieben auf Grund des Betriebsrätegesetzes genannt sei. Auch der Achtstundentag und die Erwerbslosenfürsorge, die uns die Revolution gebracht hat, sind bedeutende Errungenschaften. Und doch klingen

### die Notrufe der Massen

zum Himmel, und doch leben wir, wie die Erwerbslosen langsam verelenden, wenn sie länger dem schlimmsten aller sozialen Übel, der Arbeitslosigkeit, verfallen sind. Hier wird das Wohl der künftigen Volksvertretung darauf gerichtet sein müssen, mit Hilfe des Reiches eine ausreichendere Unterstützung zu sichern und die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit energisch in Angriff zu nehmen.

Die Sabotage der Ernährungsfürsorge durch Agrarier und Schleichhändler und die hieraus erwachsenden Hungerpreise haben besonders in Sachsen Löhne und Unterstützungslöhne unzureichend gemacht. Bei aller Entschiedenheit, mit der wir den Ausbau der Erwerbslosenfürsorge fordern, wollen wir aber nicht übersehen, daß sie eine große, von sozialdemokratischen Vertretern durchgeführte Errungenschaft ist. Es sei nur daran erinnert, wie sich im früheren Plural-Landtage die sozialdemokratischen Abgeordneten ebenso energisch wie vergeblich bemüht haben, auch nur 200.000 M. für die Arbeitslosen-

fürsorge der Gemeinden aus Staatsmitteln flüssig zu machen, daß aber alle Bemühungen am Widerstande der reaktionären Regierung Waltham-Seidenberg scheiterten. Wer das mit erlebt, wer auch die politische Furchung unter dem alten System mit erleben hat, der wird wissen, daß wir auch in Sachsen trotz alledem ein halbes Jahrhundert vorgebracht sind.

Freilich ergeht der Ruf zu den Landtagswahlen in einer unfaßlich schweren Zeit. Eine furchtbare Krise hat das Wirtschaftsleben in nie für möglich gehaltenem Umfange lahmgelegt, die Arbeitslosennot wird immer schlimmer und allgemeiner. Die Sozialdemokratische Partei ist sich durchaus einig darin,

### daß alle finanziellen und wirtschaftlichen Kräfte für die Vchhebung des Erwerbslosenselends eingesetzt werden müssen.

Ein sprechendes Beispiel dafür ist die Bereitstellung von 40 Millionen Mark durch die Stadt Dresden für Errichtung von Kleinwohnungsgehäusern, die auf sozialdemokratische Anregung und mit sozialdemokratischer Zustimmung herbeigeführt worden ist. Wir verweisen auf die mehrfachen Bemühungen der sozialdemokratischen Vertreter in Regierung und Volksammer, die Arbeitslosenunterstützung, die auf Reichsverschiffen beruht, für Sachsen zu erhöhen, und die besonders große Not in unserm eigenen Vaterlande durch besondere Zuzahlung von Reichsauslagen an die sächsische Industrie zu mildern.

Mit der Not breiter Volksschichten suchen bürgerliche Wahlmänner, statt zu helfen, besonders bei den Wahlen freiben zu gehen. Mit gemobelter Struppellosigkeit möchten sie unter Entstellungen die sozialistisch-demokratische Regierung und die Sozialdemokratie als solche dafür verantwortlich machen. Das ist eine bewusste Irreführung. Das große wirtschaftliche Übel ist als Folge der Kriegsniederlage über uns hereingebrochen. Keine Regierung, am allerwenigsten eine kommunistische oder unabhängige, hätte uns davor bewahren können. Wohl aber haben jene Kräfte daran ein Teil Schuld, die durch Anjenseuerung und Unterstützung von Putschisten und Streiks für unmögliche politische Ziele unser Wirtschaftsleben schwer geschädigt und großes Mißtrauen gegen unsere Zustände im Auslande erweckt haben. Schuldig sind auch jene reaktionären und arbeiterscheindlichen Elemente, die Sabotage an der Nahrungsmittelversorgung verübten, die sich von Profitgier und einem Grimm über das Mitterrecht der Arbeiter in Fabriken haben leiten lassen, die lieber die Betriebe stilllegen möchten, als ein Quentchen von ihrem Herr-im-Haus-Standpunkt aufzugeben.

Zwischen dem zerstörenden und schädlichen Treiben auf der äußersten Linken und Rechten gilt es, den freien Volkswirtschaften auszubauen und unser Wirtschaftsleben wieder zur Gesundheit zu bringen; das nachzuholen, was noch nicht hat erreicht werden können; das ist

### der Weg der Sozialdemokratie.

Er führt zwischen den unperradikalen Irrlichtern der Kommunisten, der Desperadopolitik der Unabhängigen und den schwarzen Plänen der Kappisten verschiedenster Schattierungen auf der sicheren Bahn der Volkswirtschaftlichkeit entlang. Dabei sind wir der festen Überzeugung, daß Experimente mit der radikalen Wählerstimme zum Ruin führen, daß im Gegenteil das Selbstbestimmungsrecht des Volkes, die wahre Demokratie, eine Vorbedingung zur völligen Befreiung der Arbeiterklasse ist. Wie fest entschlossen die Sozialdemokratie die Volkswirtschaftlichkeit gegen jede Gewalttätigkeit verteidigt, hat sie in den schweren Wirren der letzten Jahre mehrfach gezeigt.

Das Wohl des Volkes ist unsre Nichtsahnur. Wir schließen darin ein: die Wünsche der Arbeiter nach größerem Mitspracherecht in Betrieben, nach auskömmlichen Löhnen, die Arbeitslosen mit ihren berechtigten Notrufen, die Verbraucher mit ihrem Verlangen nach billigen Nahrungsmitteln, die Lehrer mit ihrer Forderung nach

freier Schule, die berechtigten Anliegen der Beamten, die Not der gewerblichen Kreise und der freien Berufe, wie die Bedrücknisse der kleinen Bauern. Die Not zu bannen, die Entbehrungen zu lindern in allen Schichten der Volkenden und Minderbemittelten wird unsre heilige Aufgabe sein. Was fleißige Hände erwarben, soll der Allgemeinheit und den Notleidenden gesichert, soll dazu benutzt werden, bessere Existenzbedingungen für das Volk in seinen bedürftigen Schichten zu schaffen.

### Die alte sturmerprobte Sozialdemokratie

wird auch auf landespolitischem Gebiete alles dafür einsetzen, dem Volke, vor allem der Arbeiterklasse, auch im Wirtschaftsleben den Einfluß zu sichern, den es auf politischem Gebiete bereits besitzt. Doch müssen wir uns vor allem auch im Interesse des werktätigen Volkes selbst vor Experimenten hüten, die unbesonnen durchgeführt, leicht dazu führen können, unser Wirtschaftsleben zu zerstören und die Arbeiter vor ein industrielles Trümmertal zu stellen. Die Verstaatlichung der Elektrizitätsversorgung, die Verstaatlichung von Bergwerken und Kohlenfeldern durch den Staat, und vor allem die Enteignung der Kohlenvorräte zugunsten des Staates, zeigen, daß den Sozialdemokraten im Landtage das Wort Sozialisierung kein leeres Schlagwort gewesen, daß sie sich vielmehr praktisch für die Gemeinwirtschaft in einem Umfange betätigt haben, wie in kaum einem andern Lande, daß von ihnen

### der Weg zur Sozialisierung

durch kräftige Taten beschriftet worden ist. Dadurch ist mehr als durch alle Schlagwortpolitik die Gewähr gegeben, daß die Sozialdemokratie in Sachsen an der Sozialisierung des Wirtschaftslebens weiter arbeiten wird, soweit die Verhältnisse es ermöglichen. Durch die Einlegung der Landesstelle für Gemeinwirtschaft haben besonders die sozialdemokratischen Vertreter in Regierung und Volksammer bekundet, daß sie entschlossen und gewillt sind, die Sozialisierung des Wirtschaftslebens weiter vorzubereiten, und darüber vor allem durch gründliche Untersuchungen Klarheit zu schaffen.

Besondere Fleißmäßigkeit im Handeln ist aber besondere Pflicht und eine doppelt gebotene Notwendigkeit in einer Zeit, wo die Arbeiterklasse maßgebenden Einfluß erlangt und die

### Stimme der Sozialdemokraten

entscheidend geworden ist. Leichtfertige gewalttätige Eingriffe in das Wirtschaftsleben aber, wozu radikale Elemente reden, führen zur Fortkümmerung und zu noch ärgerer Verelendung der Arbeiterklasse.

### Rußland zeigt es.

Politische Gewalttätigkeiten aber, sei es mit dem Ziele einer radikalen Diktatur oder zu andern Zwecken, bringen Vernichtung der Demokratie und sind die Schrittmacher der Reaktion.

### Denkt an Ungarn!

Darum fort mit politischer Abenteuerpolitik! Fort mit den unverantwortlichen Elementen, die sie fordern, mögen sie sich Kommunisten oder Unabhängige nennen. Sie schänden nur den Namen Kommunismus, können euch auf ihre wahnwitzige Weise nie dahin führen, sondern nur in Elend und Grauen

Die Sozialdemokratie verpflichtet niemand für die nächste Zeit ein Paradies. Aber sie verbürgt sich dafür, alle Kräfte zum Wiederaufbau auf der Grundlage der Demokratie und dem Ziele, im jähren Ringen den Sozialismus im Wirtschaftsleben durchzusetzen. Sie fordert das sächsische Volk auf, bei den Landtagswahlen mit ihr zu gehen, ihr durch den Stimmzettel bei den Wahlen die Stärke zu geben, die zur Verwirklichung unsrer Ziele und zur Sicherung des sozialistisch-demokratischen Regimes erforderlich ist. Für die Zeit bis zum 14. November sei die Lösung:

## Auf zur Wahlarbeit!

### Sichert den Sieg der sächsischen Sozialdemokratie!